



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Ulrich Singer, Oskar Atzinger** und **Fraktion (AfD)**

Umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks sofort einleiten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass eine umfassende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks initiiert wird.

Die Reform soll folgende Grundprinzipien beherzigen:

1. Das System des öffentlich-rechtlichen Rundfunks muss erheblich verschlankt werden.
2. Ein neu zu strukturierender öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat seine Programmarbeit im Sinne eines „Grundversorgungsrundfunks“ zu gestalten.
3. Der neu zu strukturierende öffentlich-rechtliche Rundfunk hat sich auf die Programmbereiche Nachrichten und Information, Wissenschaft, Bildung, Regionales, Dokumentation, Kultur und Tradition, Hobby, Lebenshilfe und Verbraucherschutz, Amateur- und Breitensport, Notfall- und Katastropheninformation zu konzentrieren.
4. Der neue Rundfunkbeitrag soll im Sinne eines Grundbeitrages wesentlich niedriger angesetzt werden.
5. Das reformierte System muss gänzlich auf Werbung und Sponsoring verzichten.

Begründung:

Aufgrund der jüngsten Missstände beim Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB), Enthüllungen über Zensur der Berichterstattung beim NDR und zahlreichen Unstimmigkeiten bei anderen Rundfunkanstalten, darunter auch dem Bayerische Rundfunk (BR) mit der vorzeitigen und kostspieligen Vertragsauflösung des Programmdirektors Kultur, Reinhard Scolik, muss der öffentlich-rechtliche Rundfunk grundlegend reformiert werden, wenn er eine Zukunft haben soll.

Den dringenden Reformbedarf sieht mittlerweile auch die in der Union sehr einflussreiche Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT). Die Bundesvorsitzende Gitta Connemann (CDU) äußerte sich in der Tageszeitung DIE WELT wie folgt: „Der öffentlich-rechtliche Rundfunk muss reformiert werden – jetzt. Und ohne Denkverbote. Er muss sich wieder auf eine Kernaufgabe fokussieren: Das ist die Grundversorgung der Bevölkerung mit Information, Bildung, Beratung, Unterhaltung und Kultur. Punkt.“¹

Deutschland leistet sich den teuersten öffentlich-rechtlichen Rundfunk der Welt. Das gegenwärtige Aufkommen aus dem Rundfunkbeitrag, das von allen Privatwohnungen (und von Unternehmen für deren Betriebsstätten und Fahrzeuge) gezahlt werden muss, beträgt jährlich mehr als 8 Mrd. Euro. Im Jahr 2020 mussten die Gebührenzahler in Deutschland ca. 8,11 Mrd. Euro für ARD, ZDF, Deutschlandradio usw. zahlen. Hinzu kommen noch Werbeeinnahmen von mehr als 500 Mio. Euro pro Jahr. Mit dem Geld

¹ Ruf nach der Radikalreform“, DIE WELT, 29.08.2022

werden 21 Fernsehprogramme, 7 Mediatheken, 73 Radioprogramme, 2 Audiotheken, das sog. Online-Medien-Angebot „funk“ sowie diverse weitere Internetangebote finanziert. Neben den Kosten für das überbordende öffentlich-rechtliche Angebot kommen noch die ausufernden Gehälter der Intendanten und deren Pensionsansprüche hinzu. Allein der ehemalige ARD-Vorsitzende Tom Buhrow erhielt 2019 ein Jahresgehalt von 395.000 Euro. Danach folgten in der Gehaltsliste die Intendanten Ulrich Wilhelm mit 388.000 Euro, der pensionierte Lutz Marmor mit 365.000 Euro und Kai Gniffke mit 343.000 Euro.

Der Beitragszahler muss nachvollziehen können, wohin jeder Cent geht. Mehrfachstrukturen müssen aufgelöst werden, die aufgeblähten Verwaltungsapparate und die Ausstattung der Chefetagen müssen verschlankt werden.